

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Lautlose Umorientierung in Rumänien

„Lautloser als irgendwo sonst im Ostblock“, schreibt *Hansjakob Stehle* in einem hochinteressanten Aufsatz (*Die Zeit*, Nr. 7, 14. 2. 1964), „tastet sich das kommunistische Regime in Rumänien auf einen eigenen Weg. Weder in Bukarest noch in den diplomatischen Vertretungen Rumäniens im Ausland lassen sich die Funktionäre gern darauf ansprechen. Sie sind zwar redseliger als früher, aber sie geben manches, was ihnen gestern noch als Ketzerei erschienen wäre, nun als ‚ganz natürlich‘ aus und warnen vor ‚westlichen Spekulationen‘.“

Nach dieser einleitenden Bemerkung konstatiert dann Stehle, den wir längst als ausgezeichneten Kenner der Verhältnisse in Ostblockstaaten kennengelernt haben, u. a.:

„Ein Blick in die Außenhandels-Statistik bringt in der Tat Überraschendes zutage. Der Handel Rumäniens mit der DDR sank schon 1962 um 9 vH. Der Anteil der COMECON-Länder am rumänischen Export—Import fiel von 33 vH im Jahr 1960 auf 26 vH 1962. Der sowjetische Handelsanteil, der 1958 noch 51 vH betrug, stabilisierte sich seit 1960 bei 40 vH. Damit bleibt zwar Moskau der wichtigste Handelspartner Bukarests, aber an dritter Stelle — knapp hinter der Tschechoslowakei und *vor* der DDR — rangiert bereits die Bundesrepublik mit einem Anteil von 7,5 vH. Seit drei Jahren orientiert sich Rumänien wirtschaftlich mehr und mehr nach dem Westen, dessen Anteil am Außenhandel des Landes von 20 auf 32 vH anstieg. Langfristige Verträge mit Italien, Frankreich und der Bundesrepublik, die in den letzten Monaten abgeschlossen wurden, sichern eine weitere Steigerung bis um die Hälfte des bisherigen Umsatzes. Für das größte Stahlkombinat, das bei Galati ohne den Segen des COMECON entsteht, liefert ein britisch-französisches Firmenkonsortium die wichtigsten Anlagen, amerikanische Firmen steuern technische Dokumentationen bei — mit Sondergenehmigung Washingtons. Mit der westlichen Technologie

kommen die Techniker ins Land; aus Höflichkeit werden mancherlei Gesten unausweichlich, auch im kulturellen Leben. Zugleich strömen immer mehr westliche Touristen an die rumänische Schwarzmeerküste.

All das geht geräuschlos vor sich — und geräuschlos soll sich die langsame Evolution des Regimes auch vollziehen. Im gemeinsamen Komunique mit *Tito* prägte *Gheorghiu-Dej* dafür die unverdächtige, doch deutliche Formel: „Jedes sozialistische Land leistet seinen *eigenen* Beitrag, um die gemeinsame Erfahrung des sozialistischen Aufbaus zu bereichern.“ Die westliche Politik, der jede Differenzierung im östlichen Block willkommen sein sollte, muß sich der gleichen Lautlosigkeit befleißigen, wenn sie die rumänische Entwicklung fördern und nicht stören will.“

„Politik ist kein Damenkränzchen“

Die in Wien erscheinende Monatsschrift *Forum* bringt in ihrem Heft 122 (Februar 1964) einen Nachruf des österreichischen Innenministers *Franz Olah* auf den früheren österreichischen Bundeskanzler *Julius Raab*. Was *Olah*, Sozialdemokrat und Gewerkschaftsführer, aus Anlaß des Todes seines politischen Gegners sagt, ist von so allgemeiner Bedeutung und so ausgezeichnet formuliert, daß wir diesen Nachruf mit unwesentlichen Kürzungen an dieser Stelle wiedergeben möchten:

„Hier geht es nicht nur um die Würdigung eines bedeutenden Mannes, der nun tot ist, hier geht es um ein Beispiel für die Gegenwart. Deswegen schreibe ich.

Als ich zum erstenmal mit *Julius Raab* zu tun bekam, war ich noch Zentralsekretär der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter. Wir waren in der Bundeshandelskammer und führten dort die Verhandlungen über die Auswirkungen des ersten Lohn- und Preisabkommens auf die Lohntarife der einzelnen Berufsgruppen. Gerade bei den Bauberufen schien es, daß die Verhandlungen scheitern sollten. Ich verließ den Verhandlungstisch und erklärte, nicht wiederzukommen.

Ich ging in den ÖGB, um zu berichten. Aber *Raab* war schon am Telefon und sagte zu mir: ‚Na, kommen S' wieder zurück, Sie Heferl, wir werden schon etwas machen.‘ Ich ging in die Handelskammer zurück und die Verhandlungen begannen von neuem. *Raab* war bereit, Zugeständnisse zu machen, mehr als die Unternehmer zu geben bereit waren. Er setzte sich bei ihnen durch. Er hielt das Wort, das er mir gegeben hatte. Der Konflikt wurde vermieden.

Ich will damit nicht sagen, daß *Julius Raab* Entgegenkommen zeigte. Im Gegenteil, er wußte, wo er stand und was er wollte, er war ein harter, gewiefter, gefährlicher Part-

ner und Gegner. Aber er wußte auch, wo die Grenzen sind und daß dann ein echter Kompromiß nötig ist, zu dem man stehen muß. Er war hart gegenüber den Verhandlungspartnern, aber er war auch hart gegenüber seinen eigenen Freunden.

Ich möchte sagen, daß mir dieser Typ von Partner und Gegner lieber ist als die unverbindliche Höflichkeit, verknüpft mit Schwachheit, Unaufrichtigkeit, Doppelzüngigkeit. Davon haben wir heute etwas zuviel. Politik ist kein Damenkränzchen. Die Demokratie braucht Leute, die bereit sind, nicht nur ja zu sagen, sondern auch bei ihrem Ja zu bleiben; oder man sagt aufrichtig und gradlinig gleich nein, und rennt nicht hinterdrein zu irgend jemandem anderen und sagt: Paßt auf, ich hab' zwar ja gesagt, aber ihr müßt jetzt nein sagen, damit ich sagen kann, es geht leider doch nicht, ich muß meine Zusage zurücknehmen.

Die Demokratie braucht Männer, bei denen man weiß, woran man ist.

So ein Mann war *Julius Raab*. Deswegen habe ich ihn geachtet und achtete ihn auch, als er nicht mehr ‚an der Macht' war. Und deswegen denke ich mit Achtung an ihn, auch nach seinem Tod. Ich wünsche unserem Vaterland, daß ihm mehr solche Männer beschieden sein mögen. Jedes Volk kann sie brauchen.

Mit *Julius Raab* konnte man Sachen machen, die man, seit er aus der Politik ausgeschieden war, nicht mehr machen konnte. Ich behaupte: politische Zusammenarbeit beruht darauf, daß man sich beim Partner und Gegner auskennt. Wenn ich manche Rede höre, die gehalten wird, und wenn ich mir manchen ansehe, der sie hält — dann denke ich an *Julius Raab*, der meistens nur brummte.

Er war kein Redner, aber ein Mensch.

Julius Raab war nicht nur ein Politiker, er war auch ein Charakter. Das gehört nämlich zusammen, wenn die Politik nützen und die Politiker geachtet werden sollen.

Denken wir daran: Politik ohne Charakter, Gezänk statt Gespräch, Verteufelung statt harter, aber sachlicher Auseinandersetzung — das führt ins Unheil.

Muß immer erst jemand sterben, damit man diese Wahrheit entdeckt? Aber es genügt nicht, sich auf Tote zu berufen — solange wir leben, haben wir unserem Gewissen zu folgen und unsere Pflicht zu tun.“

Im übrigen enthält dieses besonders wertvolle Heft 122 von *Forum*, das in erweitertem Umfang erschienen ist, Beiträge von 19 namhaften österreichischen Politikern und Schriftstellern aller Richtungen zur Beurteilung des Februar 1934 (der blutigen Auseinandersetzung des Regimes Dollfuß mit der österreichischen Sozialdemokratie) aus der heutigen Sicht, dreißig Jahre später.

„Hausgemachte
bundesrepublikanische Schande“

Zum Selbstmord von *Heyde-Sawade* veröffentlichte Dr. *Ernst Müller-Meiningen jr.* in der *Süddeutschen Zeitung* (Nr. 39, 14. 2. 1964) die folgende Betrachtung:

„Der ‚Euthanasie-Professor‘ Werner Heyde, unter dem Pseudonym Sawade vierzehn Jahre in Schleswig-Holstein untergetaucht und versteckt gewesen, hat sich selbst gerichtet, wie es in solchen Fällen in einer gängigen Floskel heißt. Beträchtliches spricht allerdings dafür, daß Heyde die, um eine Formulierung *Ernst Jüngers* zu gebrauchen, ‚Ausmordung‘ von etwa 70 000 angeblich unheilbaren Geisteskranken medizinisch und juristisch bis zuletzt als statthaft zu rechtfertigen versuchte. Nachdem Heyde Selbstmord begangen hat, unmittelbar vorher schon einer der Mitangeklagten, *Friedrich Tillmann*, auf freiem Fuß befindlich sich zu Tode stürzte und ein anderer, Dr. *Gerhard Bohne*, für haftunfähig erklärt, sich ins Ausland abgesetzt hat, wird die am 13. Februar beginnende Hauptverhandlung gegen nur einen einzigen greifbaren Angeklagten lediglich höchst bruchstückweise neue Erkenntnisse bringen. Wahrscheinlich starb Heyde-Sawade nicht wenigen Leuten höchst

Zu jenen nicht wenigen Leuten, die erleichtert aufatmen dürften, gehören im besonderen wohl auch jene 18 Richter, Staatsanwälte und hohen Ministerialbeamten in Schleswig-Holstein, welche erweislich, und jene vielen anderen Honoratioren, die mit hoher Wahrscheinlichkeit in Kenntnis der Identität des ‚Irrtötters‘ diesen bis zum letzten Augenblick deckten, ja von denen einer ihm sogar noch den Tip gegeben haben soll, zu verschwinden, als die Kriminalpolizei mit dem Haftbefehl erschien. Von den 18 hohen Staatschenern, die nachweislich Kenntnis von der Identität und dem Schuldvorwurf gegen Heyde gehabt hatten, blieben bisher 16 nahezu völlig unbehelligt, während lediglich zwei mit einer Hauptverhandlung wegen Begünstigung nach Abschluß des Prozesses gegen Heyde-Sawade eventuell hätten rechnen müssen. Es mag sein, daß der Kieler Parlamentarische Untersuchungsausschuß auf Grund seiner beschränkten Kompetenzen den Filz zu entwirren wirklich nicht in der Lage war.

Hier handelt es sich eindeutig um einen Fall, den nicht ‚der Osten‘ heimtückisch aufgetischt hat. Es ist hausgemachte schleswig-holsteinische und bundesrepublikanische Schande. Staaten, in denen so sehr das Recht durch die zu seiner Achtung und Durchsetzung im besonderen Maße Berufenen mißachtet wird, sind von innen bedroht.“